

Die europäischen Parteienzusammenschlüsse

THOMAS R. HENSCHEL

Eine europäische Wahl sollte es werden, doch es ist wieder nur eine europaweite Wahl geworden. Bei der Direktwahl zum Europäischen Parlament ist keine der Parteien unter ihrem europäischen Namen aufgetreten. In allen Mitgliedstaaten prangten nur die Namen der jeweiligen nationalen Mitglieder von den bunten Wahlplakaten. Statt der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) warb in der Bundesrepublik die SPD, in Irland und Großbritannien The Labour Party, in Griechenland die Panellinio Sosialistiko Kinima usw. Das gleiche Bild bei den Christdemokraten Europas, der Europäischen Volkspartei (EVP), die sich ebenfalls hinter ihren nationalen Schilden versteckten und bei den Liberalen, die erst seit wenigen Monaten eine europäische Partei bilden. Axel Hanisch, Generalsekretär der SPE, mußte daher am Wahlabend enttäuscht feststellen, daß nationale Themen die europäische Dimension dieser Wahl völlig verdrängt hatten.

Dabei hatten alle Parteien mit großem Aufwand den Versuch unternommen, sich und ihr Profil den Wählern bekannt zu machen. Herausgekommen sind dabei Wahlmanifeste, die letztendlich nicht über eins hinwegtäuschen können: auch das neue Europäische Parlament wird im wesentlichen ein Konsensparlament bleiben. Denn nur so kann es seine Energien bündeln. Eine Voraussetzung, um in den anstehenden Auseinandersetzungen mit Rat und Kommission bestehen zu können.

Die Liberalen haben ihre Parteienföderation auf ihrem XVI. ELDR Congress in Torquay (GB) am 10. Dezember 1993 in die European Liberal, Democrat and Reform Party (ELDR) umgewandelt. Präsident dieser Partei wurde der alte Vorsitzende, Willy De Clercq. Auf der gleichen Tagung haben die Liberalen auch ihr Wahlmanifest "Building a citizens' Europe" verabschiedet. Die EVP hat ihr Wahlmanifest "Europa 2000: Einheit in Vielfalt" am gleichen Tag in Brüssel angenommen. Die SPE war diesmal allen anderen eine Nasenspitze voraus: Bereits am 6. November 1993 hat sie ihr "Manifest zu den Europawahlen im Juni 1994" beschlossen. Wahlmanifeste entscheiden keine Wahlen. Ihre Aufgabe ist, die programmatische Selbstbestimmung und Ausrichtung einer Partei zu formulieren. Insbesondere bei einem Konsensparlament ist es von großem Interesse, der Frage nachzugehen, wie sich denn nun eigentlich die Parteien voneinander unterscheiden.

Welche Prioritäten setzen die Parteien bei den Themen, die auf der europäischen Agenda stehen? Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Europa und die Initiierung einer europäischen Beschäftigungsinitiative sind für die SPE die

wesentlichsten Aufgaben für die nächste Legislaturperiode und darüber hinaus. Für die Sozialdemokraten ist dabei Arbeit der Hebel, um die Europäer von den Vorzügen des europäischen Einigungsprozesses zu überzeugen. Gelingt es, die Arbeitslosigkeit in Europa abzubauen, werden die Europäer den Einigungsprozeß wieder stärker unterstützen. Ob diese Rechnung so einfach aufgehen wird, kann mit Recht bezweifelt werden. Nach wie vor werden politische Erfolge der jeweiligen nationalen Regierung gutgeschrieben, während Fehlschläge jeweils negativ für Brüssel verbucht werden.

Auch die ELDR geht das gleiche Problem an, allerdings von der wirtschaftspolitischen Seite her. Eine weitere Liberalisierung des Binnenmarktes wird demnach der Wirtschaft die erforderliche Schwungkraft geben, die dann in der Folge auch die Arbeitslosigkeit in Europa abbauen wird. Staatliche Beschäftigungsinitiativen, wie sie die SPE europaweit fordert, lehnen die Wirtschaftsliberalen ab.

Für die EVP stehen dagegen die Fragen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) an der Spitze ihrer europäischen Agenda. Europa müsse international seine Handlungsfähigkeit beweisen, um angemessen auf die neuen Herausforderungen nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes reagieren zu können. Während SPE und ELDR stärker die europäische Innenpolitik in den Mittelpunkt der nächsten Jahre rücken wollen — wenn auch mit jeweils charakteristisch unterschiedlichen Zugängen und Lösungsvorschlägen — richtet sich der Blick der EVP stärker auf die Frage, welche Stellung Europa in der Welt einnehmen soll.

Die jetzt gemachten programmatischen Selbstbestimmungen setzen wichtige Eckpunkte für das zukünftige Aussehen der Europäischen Union. Jacques Delors' Ausruf, der EU-Zug rolle, aber niemand wisse wohin, zeigt Wirkung. Jetzt werden von den Parteien Zielvorstellungen formuliert: Wieviel Europa soll es sein? Wie wird das institutionelle Zusammenspiel in Zukunft organisiert werden? Föderaler Bundesstaat oder lockerer Staatenbund? Noch hat niemand abschließende Antworten parat. Der europäische Einigungsprozeß befindet sich in einer wesentlichen Übergangsphase. In Zukunft wird daher, bei aller Notwendigkeit zum Konsens, die Profilierung der Parteien zunehmend in den Vordergrund treten. Denn in wesentlichen Bereichen weichen die Vorstellungen der Parteien erheblich voneinander ab. Es wird also in Zukunft im Europäischen Parlament spannender werden.

Wie analysieren die Parteien die gesellschaftlichen, politischen, ökonomischen und ökologischen Rahmenbedingungen? Welche Antworten haben sie für die europäischen Herausforderungen? Wie sehen ihre Vorstellungen zu "Arbeitslosigkeit", "Wirtschaftspolitik", "Umwelt", "Außen- und Sicherheitspolitik" und "Erweiterung" konkret aus?

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Europa

Für die SPE ist das Thema "Massenarbeitslosigkeit" in Europa Referenzpunkt ihrer Politik. Die sinkende Unterstützung für den europäischen Einigungsprozeß sieht sie vor allem darin begründet, daß die Menschen in Europa zutiefst besorgt seien, ihre Arbeit zu verlieren oder aber keinen Ausbildungsplatz zu finden¹. Die SPE hat hierzu im Dezember 1993 eine umfassende Erklärung ihrer Vorsitzenden vorgelegt. Kernpunkt ist dabei der Vorschlag für eine europäische Beschäftigungsinitiative², die eine aktive Beteiligung der öffentlichen Körperschaften, der Arbeitgeber und der Gewerkschaften fordert. Im Zentrum der Initiative steht die Forderung nach einer deutlichen Verkürzung der Arbeitszeit, um die vorhandene Arbeit besser zu verteilen. Dabei sollen sich die Organe der Europäischen Union an die Spitze einer konzertierten Aktion zur Wiederbeschäftigung setzen.

Für die EVP ist die Arbeitslosigkeit "eines der größten sozialen Probleme"³. Neben wirtschaftlichen Ursachen sieht die EVP vor allem in der mangelnden Mobilität der Arbeitnehmer, den zu hohen Arbeitskosten und der Konkurrenz seitens der Länder mit niedrigen Arbeitskosten die Hauptursachen für die Arbeitslosigkeit. Abbau von Mobilitätshindernissen und Senkung der Arbeitskosten sind daher Kernpunkte der Politik der EVP zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Europa.

Die ELDR ist nach dem Zusammenbruch des sich Sozialismus nennenden Wirtschafts- und Politiksystems überzeugter denn je, daß die freie Marktwirtschaft der beste Weg sei um einen hohen Lebensstandard für die meisten Menschen zu sichern. Daher steht für die Liberalen Europas fest, daß der sicherste Weg um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen im Abbau von bürokratischen Regeln und Steuern sowie der Senkung der zu hohen Arbeitskosten liegt⁴.

EVP und ELDR bilden im Bereich "Arbeit" eine klar auszumachende Alternative zur SPE, die als einzige europäische Partei eine Beschäftigungsinitiative fordert. Deutlich wird der Versuch der Sozialdemokraten und Sozialisten Europas, sich über das Themenfeld "Arbeit" ein eigenständiges und klar abgegrenztes Profil zu geben.

Wirtschafts- und Währungspolitik

Die programmatischen Ausrichtungen der drei Parteien zur Wirtschafts- und Währungsunion weisen demnach keine nennenswerten Unterschiede auf. Alle drei Parteien unterstützen die im Vertrag zur Europäischen Union festgelegten Ziele und sehen darin einen wesentlichen Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit Europas. Sie fordern eine strikte Einhaltung der festgelegten Bedingungen zur Haushaltskonvergenz und ein Festhalten am Fahrplan für die Währungsunion.

Umweltschutz

Die SPE will eine Europäische Union, die ihre wirtschaftliche Kraft zur Erneuerung der Industriegesellschaft einsetzt. Ein Schritt in diese Richtung soll u. a. die Einführung von Umwelt-Managementsystemen und einer Haftung für Umweltschäden sein. Kernpunkt ihrer Forderung ist die Einführung einer Energiesteuer, die zur Förderung von energie- und umweltpolitischen Maßnahmen verwendet werden soll. Darüber hinaus fordert die SPE eine Umweltcharta der Europäischen Union mit einklagbaren Rechten. Die Gemeinschaft soll eine unabhängige Umweltinspektion gründen, die die Richtlinien des Umweltschutzes vor Ort prüfen kann. Im Bereich des Verkehrs soll ein europaweites Netz von Hochgeschwindigkeitszügen sowie eine Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs zur Entlastung von Mensch und Umwelt beitragen. Zur Senkung des Ausstoßes von Treibhausgasen will die SPE verbindliche Zielwerte vorgeben. Die zukünftige Agrar- und Fischereipolitik der Gemeinschaft soll stärker mit der Regionalpolitik sowie der Sozial- und der Umweltpolitik verbunden werden. So ist der Chemikalieneinsatz zu senken und die Landwirte bei Aktivitäten zur Erhaltung der biologischen Vielfalt zu unterstützen.

Die EVP vertritt ebenfalls die Ansicht, daß die steigenden Kosten von Umweltverbrauch und -zerstörung nicht länger vom Staat getragen, sondern von den Verursachern bezahlt werden sollen. Statt der Einführung einer Energiesteuer will die EVP jedoch ökologische Gesichtspunkte in das bestehende Steuersystem integrieren. Allerdings müßten sich Verbote auf das Notwendige beschränken: Marktwirtschaftliche Maßnahmen sollen vor allem das Umweltziel erreichen helfen. Im Verkehrsbereich beschränkt sich die EVP auf die Forderung nach Einführung der US-Normen für Abgaswerte bei Pkws sowie einer Unterstützung für den Gebrauch von bleifreiem Benzin. Ein grundsätzlicher Kurswechsel wird hier nicht angestrebt.

Die Liberalen fordern, den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen in die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte (EMRK) aufzunehmen. Im Unterschied zu den beiden anderen Parteien (und hier den Grünen nahe) differenzieren die Liberalen zwischen Umwelt- und Naturschutz. Letzteren wollen sie durch die Möglichkeit einer Verbandsklage erweitern und novellieren. Auch die Liberalen sind, wie die SPE, für die Einrichtung eines europäischen Umweltamtes, das die Grundlagen für die europäische Umweltpolitik erarbeitet, nationale und internationale Maßnahmen anregt und koordiniert. Die Anhänger von Adam Smith setzen darauf, daß eine EU-Umweltpolitik im wesentlichen mit marktwirtschaftlichen Instrumenten arbeiten wird, um Wettbewerbsverzerrungen und Bürokratisierung zu vermeiden.

Erweiterung

Die Entscheidung über den Beitritt Finnlands, Norwegens, Österreichs und Schwedens hat deutlich gemacht, welche gestiegene Bedeutung das Europäische Parlament mittlerweile erlangt hat. Es hat aber gleichzeitig gezeigt, daß es eine größere Präsenz in den Medien vor allem dann erhält, wenn es als Blockierer des Einigungsprozesses aufzutreten droht. Alle drei Parteien sind grundsätzlich für ein offenes Europa und für eine essentielle Unterstützung der Reformstaaten in Mittel- und Osteuropa⁵. Allerdings kollidieren solche Allgemeinaussagen schnell mit dem Wunsch, die Wirtschaftskraft Westeuropas zu stärken. Wenn einerseits wie bei EVP und ELDR gefordert wird, die Europäische Union müsse sich gegen Billiglohnländer schützen und andererseits die Öffnung nach Mittel- und Osteuropa vertreten wird, so sind dies mehr als nur oberflächliche Widersprüche.

Bilanz

Die SPE möchte die für 1996 geplante Revision nutzen, um die Europäische Union demokratischer und handlungsfähiger zu machen. Das Europäische Parlament soll über ein Initiativrecht verfügen und von ihm und dem Rat gemeinsam getroffene Entscheidungen sowie die Abstimmung mit qualifizierten Mehrheiten sollen die Regel werden. Die wirtschaftliche Kraft der Europäischen Union soll genutzt werden, um einen ökologischen und sozialen Umbau der Industriegesellschaft zu ermöglichen, da nur so die Arbeitslosigkeit bekämpft und die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten werden können.

Vorrangiges Ziel der EVP ist der Übergang von der derzeitigen Europäischen Union zu einer föderalen Union der Völker, Staaten und Regionen Europas. Daher stehen Fragen wie die nach der Verfassung Europas, der Außen- und Sicherheitspolitik sowie der Wirtschafts- und Währungsunion im Mittelpunkt des christdemokratischen Interesses. Eine Stärkung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments wird zwar gefordert, jedoch mit der wesentlichen Einschränkung versehen, daß diese nicht zu Lasten der Befugnisse der Europäischen Kommission gehen dürfe.

Die Liberalen streben für die Europäische Union keinen zentralistischen Superstaat an, sondern einen modernen, demokratischen und föderalen Staatenbund. Die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips, das vor dem EuGH einklagbar werden soll und ein volles Mitentscheidungsrecht des Europäischen Parlaments, sowie die Einführung des Verhältniswahlrechts für die EP-Wahl sind dabei wichtige inhaltliche Forderungen.

Die Parteien werden auch im neuen Parlament das scheinbar Paradoxe vollbringen müssen: Einerseits die europäische Einigung, so wie sie im Vertrag zur Europäischen Union festgelegt wurde, nach außen gemeinsam zu vertreten, um sie nicht zu gefährden. Andererseits bezüglich ihrer inhaltlichen Füllung den Versuch zu unternehmen, ihre spezifischen Akzentsetzungen durchzusetzen.

Dieser Spannungsbogen wird die Diskussion und Arbeit der Parteien wesentlich bestimmen. Die für 1996 anstehende Revisionskonferenz wird somit zum Forum für die Frage werden, welches Europa eigentlich angestrebt wird. Das Europäische Parlament und seine Parteien werden dabei, das haben sie deutlich gemacht, ein gewichtiges Wort mitreden.

Anmerkungen

- 1 Arbeit in Europa schaffen, Erklärung der Vorsitzenden der SPE zu einer Europäischen Beschäftigungsinitiative.
- 2 Manifest zu den Europawahlen im Juni 1994 v. 6. 11. 1993.
- 3 Europa 2000: Einheit in Vielfalt; Aktionsprogramm der EVP 1994–1999, Brüssel, den 10.12.1993, Fraktion der CDU/CSU im Deutschen Bundestag (Hrsg.): "Europa im Blickfeld", Sonderausgabe, Bonn 1994.
- 4 Building a citizens' Europe, ELDR Election-Manifesto 1994, Brüssel 1994.
- 5 Vgl. hierzu u. a. ELDR-Fédération: Le résultat des négociations sur l'élargissement, Potsdam März 1994.

Weiterführende Literatur

- ELDR-Fédération (Hrsg.): Vademecum, Brüssel 1994.
- ELDR-Fédération (Hrsg.): News-Letter, März 1993.
- Klepsch, Egon A.: Das Europäische Parlament vor der vierten Direktwahl, Schriftenreihe der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Februar 1994.
- Menrad, Wilfried: Zur Sozialordnung der Europäischen Union — Europäische Sozial- und Gesellschaftspolitik, in: Europa als Auftrag, Schriftenreihe der EVP-Fraktion im EP und der CDU/CSU-Fraktion der CDU/CSU im Deutschen Bundestag, Mai 1994.
- Priestley, J. G. (Hrsg.): 1989–1994 — Eine politische Bilanz. Sozialdemokratische Aktivitäten im Europäischen Parlament.